

Den Handel retten

**Andreas Jung
und
Bärbel Höhn
fordern, den
Markt für Klima-
zertifikate wie-
derzubeleben.**

Auch nach der Klimakonferenz von Doha kann sich Europa noch als Vorreiter fühlen. Doch auch die europäische Klimapolitik steckt in der Krise. Ihre Reduktionsziele hinken der Wirklichkeit hinterher, und der europäische Emissionshandel liegt brach. Um ihn zu retten, sind schnelle Entscheidungen nötig.

Der Emissionshandel ist das Herzstück der EU-Klimapolitik. Er soll effektiven Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Effizienz verbinden. Eine Emissionsobergrenze sorgt für die Reduzierung des klimaschädlichen CO₂-Ausstoßes. Wo und wie die Emissionen vermieden werden, regelt sich über den Handel mit Emissionszertifikaten. Wer CO₂ einspart, kann Zertifikate verkaufen, wer viel emittiert, muss zu kaufen. 12 000 Fabriken und Kraftwerke in 30 Staaten nehmen mittlerweile an diesem größten Klimaschutzmarkt der Welt teil.

Doch während das Modell von Kalifornien bis Australien Nachahmer findet, herrscht am europäischen Leitmarkt Krisenstimmung. Der CO₂-Preis ist von 17 Euro auf ein Rekordtief von unter sechs Euro gefallen. Der Emissionshandel wird zum Billigheimer. Die Folge: Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz lohnen sich kaum noch, Klimaverschmutzer kommen billig davon. CO₂-intensive Braunkohlekraftwerke profitieren, während klimaverträglichere Gaskraftwerke stillstehen. Außerdem reißt der niedrige Preis ein Milliardenloch in den Bundeshaushalt. Dort sind 2,2 Milliarden aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten zur Finanzierung der Energiewende eingeplant.

Doch beim aktuellen CO₂-Preis kommt kaum die Hälfte dieser Summe in die Kasse. Wir brauchen diese Einnahmen aber für wichtige Projekte wie Ge-

bäudesanierung, Solarheizungen oder Elektromobilität. Der Hauptgrund des Preisverfalls: zu viele Zertifikate, zu niedrige Klimaziele. In der EU wird seit Jahren über Gegenmaßnahmen diskutiert. Jetzt liegen Vorschläge der EU-Kommission auf dem Tisch, die in den nächsten Wochen in den europäischen Gremien verhandelt werden. Der deutschen Haltung wird dabei besonderes Gewicht zukommen. Wenn Wirtschafts- und Umweltministerium in dieser Frage keine gemeinsame Position finden, müsste Deutschland sich enthalten. So weit darf es nicht kommen. Ein Vorreiter enthält sich nicht!

Zur Stabilisierung des Emissionshandels muss der Markt durch eine Verschiebung anstehender Zertifikatsversteigerungen wiederbelebt werden. In einem zweiten Schritt müssen mindestens 1,4 Milliarden überschüssige Zertifikate dauerhaft vom Markt genommen werden. Drittens muss die EU eine langfristig wirkende Reform des Emissionshandels angehen und etwa höhere Ökostandards für Klimazertifikate aus Drittländern etablieren.

Vor allem aber muss sich Deutschland mit aller Kraft für eine Anhebung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent bis 2020 einsetzen. Die Bundesregierung hat dieses Ziel in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben. Nun geht es darum, diese Entscheidung durchzusetzen. Wer will, dass der Emissionshandel als das marktwirtschaftlichste Klimaschutz-Instrument der EU erhalten bleibt, muss jetzt handeln.

Bärbel Höhn ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag; Andreas Jung, CDU, ist Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung. Sie erreichen sie unter: gastautor@handelsblatt.com